

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 13. März 2019 / Mercredi après-midi, 13 mars 2019

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion / Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques

**75 2018.RRGR.135 Motion 029-2018 Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP)
Kindesschutz-Programm gegen innerfamiliäre Gewalt**

**75 2018.RRGR.135 Motion 029-2018 Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, PS)
Programme de protection de l'enfance contre les violences intrafamiliales**

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 75. Es ist eine Motion von Grossrätin Gabi Schönenberger: «Kindesschutz-Programm gegen innerfamiliäre Gewalt». Die Regierung will sie annehmen und gleichzeitig abschreiben. Die Motionärin, Grossrätin Gabi Schönenberger, hat das Wort.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Auch wenn es bereits etwas spät ist – es ist eben ein verschobenes Geschäft, und deshalb bin ich froh, wenn wir es nicht ein weiteres Mal verschieben müssen. Ich bitte Sie noch einmal kurz um Ihre Aufmerksamkeit. Als Erstes möchte ich mich für die Antwort des Regierungsrates bedanken. Der Regierungsrat führt in seiner Antwort selber aus, dass kleine Kinder unter familiären Belastungen, insbesondere unter physischer oder psychischer Gewalt oder Vernachlässigung, besonders leiden. Denn sie sind in höchstem Masse von ihrem familiären und sozialen Umfeld abhängig. Das zeigen auch in der Motion aufgeführte Hinweise zur hohen Prävalenz von Kindsmisshandlungen. Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort richtigerweise auf, dass in der Vergangenheit schon einiges unternommen wurde, um Kinder vor innerfamiliärer Gewalt zu schützen, um das zu verbessern. Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade da wurde eben im letztjährigen Entlastungspaket, dem EP 2018, sprich im letztjährigen Sparpaket, viel eingespart, beispielsweise bei der wichtigen Kommission zum Schutz und zur Förderung von Kindern und Jugendlichen (KKJ). Es besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Der Bundesrat sagt, es sei in erster Linie am Kanton und an den Gemeinden, die Früherkennung innerfamiliärer Gewalt zu fördern, um diese Gewalt einzudämmen. Auch die deutliche Zunahme der durchgeführten Fachberatungen via Coaching, Triage an geeigneten Stellen oder die weitere Begleitung von Familien zeigt, dass der Bedarf dort sehr gross ist und dass es im Kanton Bern eine kontinuierliche Aufgabe ist. Dazu gehört auch die Sensibilisierung der Bevölkerung und der Fachpersonen. Das zeigen auch die stark zunehmenden Zahlen bei der häuslichen Gewalt. Wir haben dieses Thema in diesem Rat bereits mehrmals behandelt. Sie wissen, wovon die Rede ist. Insbesondere leiden auch die Kinder tagtäglich mit unter häuslicher Gewalt. Sie bekommen das eins zu eins mit oder sind eben selbst auch Opfer. Deshalb braucht es nachhaltige, griffige Präventionsmassnahmen. Ich möchte noch kurz etwas zur Abschreibung sagen. Trotz vermehrter Aufklärung ist und bleibt die Problematik leider sehr aktuell. Ich hätte es auch gerne anders. Deshalb kommt die vom Regierungsrat beantragte Abschreibung einfach verfrüht, auch in Anbetracht dessen, dass einige, ursprünglich eigentlich beschlossene, wichtige Massnahmen dem EP 2018 zum Opfer gefallen sind, beispielsweise auch der verbesserte Austausch zwischen Erziehungs- und Mütter- und Väterberatung sowie beispielsweise die Bemühungen der Mütter- und Väterberatung um eine bessere Erreichbarkeit der Migrationsbevölkerung, respektive darum, diese zu intensivieren. Mit einer Annahme der Motion ohne Abschreibung wird sichergestellt, dass diese und weitere Massnahmen zur gezielten Verbesserung des Kindesschutzes noch einmal geprüft werden und man an der Thematik auch wirklich dranbleibt. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Motion «Kindesschutz-Programm gegen innerfamiliäre Gewalt» anzunehmen, wozu auch der Regierungsrat bereit ist, aber sie noch nicht abzuschreiben.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern; für die grüne Fraktion: Grossrätin Ammann.

Christa Ammann, Bern (AL). Unsere Fraktion geht mit der Motionärin einig, dass man diese Motion überweisen sollte, aber dass der Zeitpunkt, um sie abzuschreiben, definitiv verfrüht ist. Dies aus den bereits erläuterten Gründen. Die erwähnten Projekte sind nämlich laufende und vergangene Projekte. Das reicht aber in diesem Bereich nicht. Es gibt auch solche, die zeitlich begrenzt oder eben dem Sparpaket zum Opfer fallen gefallen sind. Dementsprechend werden es innerhalb von kurzer Zeit noch weniger Massnahmen sein, als es im Moment noch sind. Es ist richtig, dass die Projekte, die im Moment laufen, wichtig sind, dass es Schulung braucht und dass auch die Broschüren zur Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen im Frühbereich von guter Qualität ist und auch im Alltag Unterstützung bietet. In diesem Sinne sind die bestehenden Massnahmen zu würdigen, und sie sind auch eine solide Basis für weitere Massnahmen. Es ist aber eine zu kurzfristige Massnahme, um zu sagen: Was wir hier haben, reicht aus, und was noch weggespart wird, das ist auch nicht so schlimm. Wenn es um häusliche Gewalt bei Kindern geht, ist es auch in der Früherkennung so, dass es eben nicht reicht, besser als andere Kantone zu sein. Ein Fall pro Tag, der bei der Kinderschutzgruppe des Inselspitals erfasst wird, ist ein Fall zu viel. Denn in diesen Zahlen ist ja die Dunkelziffer, also die innerfamiliäre Gewalt, die nicht gemeldet wird, nicht erfasst. Je früher innerfamiliäre Gewalt erkannt werden kann, desto kürzer ist die Phase, während der das Kind dieser Gewalt ausgesetzt ist, und desto kleiner sind in der Regel auch die Folgekosten. Man kann also rein ökonomisch argumentieren, warum genau diese Früherkennung dermassen wichtig ist, wenn einem der Rest, aus welchen Gründen auch immer, nicht so wichtig ist. Zudem ist aus der Forschung bekannt, dass Menschen, die bereits als Kinder häusliche Gewalt erlebt haben, mit grösserer Wahrscheinlichkeit im Erwachsenenalter selbst wieder in gewalttätigen Beziehungen leben, weil dies ein Konfliktbewältigungsmuster ist, das sie miterlebt haben. Früherkennung, das heisst, je kürzer die Zeit ist, während der die Kinder innerfamiliärer Gewalt ausgesetzt sind, desto kleiner ist das Risiko, dass sich eben genau diese Muster wiederholen. Entsprechend lohnt sich eine Investition in diese Früherkennung. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion zu überweisen, aber sie noch nicht abzuschreiben.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Grossrätin Kocher.

Manuela Kocher Hirt, Worben (SP). Es geht um einen sehr sensiblen Bereich, um die Früherkennung von innerfamiliärer Gewalt, von Gewalt an Kindern. Richtig: Früherkennung. Wir wollen also nicht von diesen Fällen sprechen, die als Gefährdung erkannt worden sind und wegen derer Massnahmen bereits eingeleitet wurden. Die Regierung bezieht sich in ihrer Antwort vor allem auf diese Fälle. Das sind jene Fälle, die von der Kinderschutzgruppe des Inselspitals erhoben werden. Aber in der Motion geht es eben nicht um die erkannten Fälle, sondern um das Erkennen möglicher Gefährdungen. Um diese zu erkennen und zu erfassen, braucht es andere Kompetenzen und ein anderes Wissen als die richtige Einordnung einer Verletzung, wenn ein Kind dann eben ins Spital kommt.

In der Antwort der Regierung wird auf die bereits bestehenden Netzwerke hingewiesen. Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind genau diese Massnahmen, die Sie mit dem EP 2018 eingespart haben, wie Grossrätin Gabi bereits erwähnt hat. Die Jugendgruppe wurde aufgelöst und ein so wichtiges Austauschgefäss zur Reflexion und Weiterentwicklung wurde abgeschafft. Leider wurde danach in der Septembersession auch das Rückgängigmachen dieser Sparmassnahme abgelehnt. Der Bericht des Bundesrates zeigt es auf. Er kommt zum Schluss, dass Handlungsbedarf besteht. Die Früherfassung von häuslicher Gewalt und möglicher Gefährdungen geschieht in der Schweiz nicht nach einheitlichen Methoden. Es fehlen Modellversuche, es fehlt Klarheit darüber, welche Instrumente die richtigen sind, um im Rahmen von Früherkennungsmassnahmen im Gesundheits- und Sozialbereich eingesetzt zu werden. Es gibt also keine Best-Practice-Erfahrungen. Es sind Gesundheitsfachpersonen und andere Berufsgruppen, wie Erzieherinnen, Lehrkräfte, Sozialarbeitende, welche eine entscheidende Rolle bei der Früherkennung von innerfamiliärer Gewalt, beziehungsweise von Kindeswohlgefährdungen haben. Diese Personen müssen nach einem einheitlichen Verfahren arbeiten können. Sie müssen speziell geschult werden, und es braucht eben Austauschgefässe. Deshalb ist es zum Beispiel eben wichtig, dass in einer Kita gut ausgebildetes Fachpersonal arbeitet. Denn dieses ist geschult und kann eine Früherfassung einer Gefährdung machen. Sie wissen auch, oder sie lernen oder sollten lernen, wie sie in einem Verdachtsfall vorgehen müssen. Es ist ebenso wichtig, ein standardisiertes Erfassungssystem zu haben wie ein Konzept im Umgang mit Kindeswohlgefährdungen. Die Unterstützungsleistungen sollten auf einem grundlegenden Verständnis der Ursachen und Folgen innerfamiliärer Gewalt und anderer Formen von Kindeswohlgefährdungen beruhen. Diese Personen sollten auch über Wissen verfügen, welche

Angebote zur Unterstützung gewaltbetroffener Kinder es gibt und wo sie diese finden, wohin sie sich wenden können. Es braucht eine Übersicht und eine Transparenz dieser Angebote, damit eine Systematik verfolgt wird und damit Personen, die einen Verdacht haben, wissen, wohin sie sich wenden können.

Wie wir auch im Bericht der Regierung sehen, ist es ein Bedürfnis, eine Anlaufstelle zu haben, weil die Anfragen zunehmen. Es geht nun darum, einen Schritt weiter zu gehen und die Erfassung dieser Gefährdungen sowie die Angebote nach der Erfassung zu systematisieren und zu validieren. Diese Arbeiten sind noch anzupacken, damit die Früherfassung eine Massnahme ist, die möglichst breit alle Fälle erfasst und damit bei einer Gefährdung die richtigen Schritte eingeleitet werden. Diesen Nachweis hat die Regierung nicht erbringen können. Deshalb beantragt die SP-JUSO-PSA-Fraktion die Überweisung des Antrags, respektive des Auftrags ohne Abschreibung. Es geht um die Vermeidung des Leids von Kindern und um ein genaues Hinschauen.

Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich mache Ihnen jetzt einen Vorschlag, wie wir diese Session zu Ende bringen können. Wenn es nicht so sein soll, wenn also irgendjemand mit meinem Vorgehen nicht einverstanden ist, kann er die Hand heben, und dann erscheinen wir morgen früh wieder, um die Session zu beenden. Ich schlage jetzt vor, dass wird diese Motion zu Ende beraten. Grossrätin Imboden ist bereit, ihre Motion (*M 105-2018*) auf die Junisession zu verschieben, obwohl wir seitens des Präsidium dergleichen gar nicht gerne tun. Wir hätten gerne alle Geschäfte zu Ende behandelt. Denn ich kann Ihnen auch bereits mitteilen: Es sind 103 Vorstösse in dieser Session eingegangen. Sie können die Novembersession bereits um eine Woche verlängern, denn das muss alles abgearbeitet werden. Und wenn es so weitergeht, werden wir wahrscheinlich bis um 16.30 Uhr bei 110 Vorstössen sein, und dann dauert es noch einmal einen halben Tag länger. Wenn Sie mit dem Vorgehen einverstanden sind, dass wir diese Motion zu Ende behandeln und auch noch das Traktandum 77 zu Ende führen, tagen wir morgen früh nicht. Wenn es ab jetzt bis um 16.30 Uhr bloss noch für drei Fraktionssprecher reicht, beraten wir morgen früh zu Ende. Sie haben es selbst in der Hand, ob wir es schaffen. Ich erteile das Wort ... Sie können mir immer noch sagen, wenn Sie damit nicht einverstanden sind, aber ich fahre jetzt fort. Ich erteile das Wort Grossrat Gfeller für die SVP.

Ueli Gfeller, Schangnau (SVP). Die SVP-Fraktion teilt die Auffassung des Regierungsrates, wonach die Anliegen dieser Motion bereits erfüllt sind. Es gibt bereits viele Möglichkeiten und Angebote in diesem Kanton, um diesen unschönen Dingen zu begegnen und sie besser in den Griff zu bekommen. Wir bezweifeln auch, ob mit zusätzlichen Massnahmen und Projekten Fälle noch früher erkannt oder – noch besser – verhindert werden können. Als Vater zweier erwachsener Kinder habe ich kein Verständnis für innerfamiliäre Gewalt oder Missbrauch von Kindern. Jeder Fall ist auch für mich ein Fall zu viel. Eine Familie zu gründen, Kinder in die Welt zu setzen, sie grosszuziehen, ihnen mit Respekt zu begegnen, ist aber auch eine anspruchsvolle Aufgabe für Eltern und fordert eine grosse Eigenverantwortung. Leider wird diese nicht immer wahrgenommen und gelebt. Deshalb stimmt die SVP-Fraktion dieser Motion grossmehrheitlich zu, sofern sie abgeschrieben wird.

Monika Gygax-Böninger, Obersteckholz (BDP). Die Motionärin trifft ein besonderes, ein heikles, ein ganz sensibles und wichtiges Thema. Es ist ein Thema, das unsere Gesellschaft insgesamt und uns alle als Einzelne kümmern muss. Enorm wichtig ist, dass praxistaugliche, sinnvolle und rechtlich auch abgestützte Massnahmen zur Verfügung stehen, wenn innerfamiliäre Gewalt, Vernachlässigung oder innerfamiliärer Missbrauch an Kindern vermutet oder festgestellt wird. Die BDP dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Antwort, anerkennt auch die Bemühungen des Kantons und erachtet die Massnahmen, die im Rahmen eines Projekts unter der Leitung des Jugendamts erarbeitet wurden, als richtig, sinnvoll und in dieser Form auch als praxistauglich. Wir als Mitbürger, als Nachbarn, als Pflegefachpersonen, als Gemeindeangestellte, als Angestellte von Fachstellen, als Lehrer, einfach wir alle, sind gefordert. Es braucht auch Zivilcourage. Wir alle sind aufgefordert, zu handeln, wenn wir familiäre Gewalt feststellen oder auch bloss vermuten. Die Motion wird von der BDP ebenfalls angenommen, aber gleichzeitig auch abgeschrieben.

Christine Schnegg, Lyss (EVP). Als Präsidentin der kantonalen Mütter- und Väterberatung – das ist meine Interessenbindung – liegen mir persönlich, aber auch der EVP-Fraktion, die Themen Kinderschutz, Früherkennung und Frühintervention sehr am Herzen. Ich kann bestätigen, was der Regierungsrat in seiner Antwort schreibt. Es wird schon vieles getan: Fachpersonal wird geschult, es

gibt Vernetzungstreffen, es gibt Beratungen für Fachpersonen, Broschüren, fachliche Einschätzungshilfen und Triage-Möglichkeiten bei Gefährdungen. Besonderes betonen möchte ich als Erfolgsmodell das Übergabeinstrument der Hebammen, die nach acht Wochen eine Familie an die Mütter- und Väterberatung übergeben, wenn sie Schwierigkeiten feststellen. Dadurch werden Eltern bereits ab dem Säuglingsalter der Kinder lückenlos betreut und beraten, und Auffälligkeiten werden früh erkannt. Wir sind dankbar, dass der Regierungsrat diese Motion so annehmen will. Wir sind aber eben auch nicht einverstanden mit der Abschreibung. Erstens ist es ganz wichtig, dass diese Aufgaben laufend den gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden. Zweitens sollte aus unserer Sicht die geplante Ausweitung der Schulung und Sensibilisierung auf weitere Fachgruppen im Frühbereich finanziell sichergestellt werden. Uns ist wichtig, dass auch in Zukunft die entsprechenden Gelder sichergestellt werden. Deshalb wird die Fraktion EVP diese Motion auch nicht abschreiben.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Wer schon länger im Rat ist, hat manchmal Flashbacks. In den Jahren 2012 und 2013 verabschiedeten wir einen ausgezeichneten 55-seitigen Bericht. All diese Vorschläge, die vorhin meine Kollegin Schnegg formuliert hat, all das, was Manuela Kocher fordert, wird auf der Grundlage dieses Berichts schon längstens umgesetzt. Es gibt ein sehr spannendes ... Sie können die Broschüre lesen. Es ist die sogenannte «Früherkennung von Kindswohlfährdung im Frühbereich». Dann sehen Sie, was alles getan wird. In der Zwischenzeit geht man schon weiter. Man geht nun auch in die Schulen. Das ist das, was neu hinzukommt, dass man nämlich auch die Interventionen mit den Schulen, mit den Lehrern zusammen sensibilisiert und vereinfacht. Kolleginnen und Kollegen, es wird so vieles getan. Es ist wohl kein Bericht so wirksam und es wird wohl nirgendwo sonst so viel umgesetzt wie in diesem Bereich. Und wenn man hier behauptet, wenn man nicht abschreibe, werde die Option zwischen Mütter- und Väterberatung und ERZ wieder reanimiert, dann muss ich Ihnen sagen: Nein. Das wurde nicht aus Spargründen gekillt. Wer das Projekt ein wenig begleitet hat, weiss, dass man es stilllegen musste, weil es nicht funktionierte. Damals war pro Region an gewissen Tagen während der Mütter- und Väterberatung jemand von der ERZ nebenan in einem Büro, für die älteren Jugendlichen. Weil diese bloss Däumchen drehten, weil diese durchschnittlich knapp 10 Minuten Beratung pro Woche leisteten, musste man dieses Projekt optimieren und verändern. Man hatte es genau zusammen mit der Mütter- und Väterberatung und der ERZ optimiert. Es stimmt auch nicht, wenn hier behauptet wird, man habe Projekte besonders in Bezug auf Ausländerinnen und Ausländer stillgelegt. Das andere ist: Die Mütter- und Väterberatung ist heute daran, genau mit diesen Ausländerfamilien in einer aufsuchenden Art neue Projekte zu machen. Diese sind aber alle unter der Ägide der GEF und nicht der JGK.

Ich komme zum Ende: Es gibt alle Gründe, dass man diese Motion, weil sie längstens erfüllt ist, auch abschreibt. Wir haben alles x-mal gemacht. Wenn ein Projekt nicht abgeschrieben werden muss, dann ist es sicher nicht dieses. Denn hier sind alle Bereiche abgedeckt, und es werden auch schon innovative neue Projekte initiiert, auch ohne dass wir uns hier Gedanken zu einer Motion machen oder eine solche überweisen.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Die EDU-Fraktion dankt Sarah Gabi Schönenberger, dass sie dieses Thema aufgegriffen hat. Es ist zweifelsohne so, dass viel gemacht wird, dass viel Gutes getan wird. Das anerkennen wir absolut und sind dankbar. Und doch ist das ein Thema, an dem man einfach dranbleiben muss. Ich denke etwa auch an meine Vorstösse zum Thema Menschenhandel. Da habe ich auch den Eindruck, es sei einfach ein Thema, an dem man dranbleiben müsse. Denn es ist eine Problematik, die nicht abnimmt. Sie nimmt zu, gerade auch im Bereich des sexuellen Missbrauchs von Kindern; das ist etwas, das in einem Ausmass stattfindet, bei dem man sich nicht zurücklehnen kann. Es gibt Statistiken, die aufzeigen, dass jedes vierte Mädchen, jeder siebte Junge sexuellen Missbrauch in irgendeiner Form erfährt. Diese Zahlen sind erschreckend. Letztes Jahr hat die Schweiz 3000 Hinweise des Federal Bureau of Investigation (FBI) zu Fällen von Kinderpornografie erhalten. Ich kann jetzt längst nicht auf alles eingehen, was man dazu sagen könnte, doch gerade beim Thema Kinderpornografie: Das ist ein Bereich, in dem die Nachfrage steigt, wo es Hinweise gibt, dass dieser Bereich wächst. Es ist wirklich etwas, an dem man dranbleiben muss. Deshalb wird die EDU-Fraktion helfen, die Abschreibung zu bestreiten. Wir sind also gegen eine Abschreibung. Vielleicht ist es ein Zeichen einer gewissen Schwierigkeit, etwas zu tun. Das anerkennen wir. Als Politikerinnen, als Politiker sind wir manchmal hilflos. Ja, es wirkt jedenfalls so, als stehe man diesem Unrecht fast hilflos gegenüber. Und doch denke ich, dass sich die Regierung jedes Jahr neu überlegen sollte: Was kann man zusätzlich tun, welche Möglichkeiten hat man noch nicht ausgeschöpft, um sich hier zum Schutze unserer Kinder mehr zu engagieren?

Präsident. Ich erteile das Wort der Regierungsrätin Evi Allemann.

Evi Allemann, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektorin. Auch ich kann im Namen der Regierung danken für diese Motion, weil sie uns die Gelegenheit gegeben hat, in einer relativ ausführlichen Antwort eine Auslegeordnung darüber zu machen, woran wir bei diesem Thema bereits heute schon arbeiten. Es ist ein Thema, das wichtig ist, das die Regierung und auch ich als Mitverantwortliche für das, was im kantonalen Jugendamt getan wird, sehr, sehr ernst nehmen. Die Abschreibung darf nicht so verstanden werden, dass wir sagen: Wir haben alles getan, was wir tun können, und mehr ist uns nicht möglich. Nein, ganz im Gegenteil. Wir haben in der Antwort darlegen können, wie viele Anstrengungen der Kanton im Bereich der Früherkennung von Gewalt, von Missbrauch und von Vernachlässigung von Kindern bereits heute schon macht. Wir haben hoffentlich auch verständlich und nachvollziehbar darlegen können, dass es uns wichtig ist, die bestehenden Massnahmen, die heute ergriffen werden oder an deren Umsetzung wir arbeiten, fortzuführen. Wir wollen also diese Motion annehmen und abschreiben, um das, was sich heute bewährt hat, kontinuierlich fortzuführen. Und wenn man etwas, das sich bewährt hat, fortführen will, muss man es auch immer wieder hinterfragen und weiterentwickeln. Das heisst auch, dass wir nicht einfach den heutigen Stand einfrieren. Selbst wenn man diese Motion abschreibt, ist es mir ein Anliegen, dass wir die bestehenden Massnahmen weiterentwickeln, neue Erkenntnisse miteinbeziehen. Aber aus Sicht der Regierung und auch aus Sicht des Jugendamts, das hier den Lead bei vielen Fragen hat, ist es nicht nötig, zusätzlich ein eigentlich neues Kinderschutzprogramm auf die Beine zu stellen. Wir können an den Massnahmen anknüpfen, durch die vorbildliche Strukturen aufgebaut wurden. Wir können an dem anknüpfen, was der Grosse Rat bereits im Jahr 2012 mit Planungserklärungen beschlossen hat. Daraus resultierte ja ein breit abgestütztes Programm verschiedener Massnahmen; ein ganzer Strauss an Massnahmen konnte etabliert werden. Seither hat der Kanton sein Angebot auch optimiert, hat einheitliche Früherkennungsinstrumente eingeführt, hat kantonale Kooperationsstrukturen mit einer kostenlosen Fachberatung zur Verfügung gestellt. Auch dort bleiben wir nicht stehen.

Es gibt ja Arbeitshilfen für die Früherkennung und Schulungen dazu, an denen bis heute über 500 Fachpersonen teilnahmen. Das geht von Hebammen über Kitaleiterinnen und -leiter bis zu Fachpersonen des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK). Aktuell haben wir geplant, dass wir diese Schulungen auf ein zusätzliches Publikum ausdehnen. Im Jahr 2019, also im laufenden Jahr, sollen neu auch die Spielgruppenleiterinnen und Spielgruppenleiter als weitere Zielgruppe Zugang zu dieser kostenlosen Fachberatung haben. Also: Wir sind wirklich kontinuierlich daran, dieses Angebot, das sich bewährt hat, einem möglichst breiten Publikum, einem breiten Fachpublikum zugänglich zu machen. Erfreulicherweise, es wurde bereits erwähnt, zeigen auch die Schulen ein grosses Interesse an diesen Instrumenten und Strukturen. Dort wurden Projekte zur Früherkennung gefährdeter Kinder gestartet. Jüngst wurde ein Leitfaden zur Früherkennung von Kindswohlfährdung in den Volksschulen des Kantons Bern erarbeitet. Das sind alles Anstrengungen, die dokumentieren, dass der Kanton bei diesem Thema sehr aktiv ist. Er hakt Massnahmen nicht einfach ab. Er will sie weiterführen, sie kontinuierlich weiterführen. Das versteht er als Daueraufgabe. Mit der Abschreibung ist nicht einfach ein Stopp verbunden von dem, was wir bisher getan haben.

Schliesslich darf ich auch erwähnen, dass es nicht nur in der JGK, sondern auch in der POM, bei der Berner Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt, eine Stelle gibt, die sich dafür einsetzt, dass häusliche Gewalt gestoppt wird, dass Opfer geschützt werden, dass Gewalt Ausübende zur Verantwortung gezogen werden. Gerade letzte Woche ging eine Veranstaltung über die Bühne, die unter der Federführung der POM durchgeführt wurde – eine kantonale Fachtagung zum Thema «Kinder helfen Kindern mit Geschichten bei häuslicher Gewalt». Auch das ist ein Ansatz, um der Problematik mehr Gewicht zu geben, und diese zeigt, dass der Kanton nicht bloss via Jugendamt, sondern auch via andere Stellen bei dieser Problematik ist sehr aktiv. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion zu unterstützen und abzuschreiben.

Präsident. Ich erteile das Wort noch einmal der Urheberin der Motion, Grossrätin Gabi Schönenberger.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Nur kurz: Danke für die Worte der Regierungsrätin. Ich nehme Sie auch beim Wort, dass man das als bestehende Aufgabe versteht und wirklich gut hinschauen und begleiten will. Ich möchte kurz noch etwas zur Behauptung von Frau Mühlheim sagen, die sagt, wir würden hier alle bloss etwas behaupten. Es ist einfach ein Fact, wie Sie alle wissen, dass beispielsweise gerade die Kommission KKJ, die Kommission zum Schutz und

zur Förderung von Kindern und Jugendlichen, aufgrund des Sparpakets mit einem Beschluss des Grossen Rates aufgehoben wurde. Das war ein wichtiges Vernetzungsgefäss, ein wichtiges Informations- und Wissenstransfergefäss, auch zur Reflexion und Weiterentwicklung und zur Ausarbeitung griffiger Massnahmen. Und diese Kommission wurde abgeschafft. Es gibt noch ganz viele weitere Sparmassnahmen in diesem Bereich. Das möchte ich hier einfach klarstellen. Danke für Ihre Voten. Es war spannend, diese zu hören. Danke für die Unterstützung des Vorstosses, und danke auch all jenen, die mithelfen, die Abschreibung zu bestreiten. Jetzt bin ich am Ende angelangt und wünsche allen eine gute Zeit

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über diese Motion ab. Wer die Motion annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	126
Nein / Non	2
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben diese Motion angenommen, mit 126 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wir kommen zur Abschreibung. Wer die Motion abschreiben will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Abschreibung)

Vote (Classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	74
Nein / Non	52
Enthalten / Abstentions	2

Präsident. Sie haben die Motion abgeschrieben, mit 74 Ja- gegen 52 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. (*Unruhe / Agitation dans la salle*)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich empfehle Ihnen, mit dem Verlassen des Saals noch zu warten, denn es folgt noch eine weitere Abstimmung.